

Wohnraumoffensive der Bundesregierung ist gescheitert



Die Behörden in Deutschland haben 2019 weniger Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt. In den ersten neun Monaten dieses Jahres stimmten die Behörden dem Neubau oder Umbau von 257.900 Wohnungen zu, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Freien Demokraten wundert das nicht: "Der Rückgang der Baugenehmigungen ist die Quittung für die verfehlte Bau- und Wohnungspolitik der Bundesregierung", sagt FDP-Wohnungsbaupolitiker Daniel Föst. "Wer sich nicht klar gegen Mietendeckel und Enteignungen ausspricht, darf sich nicht wundern, wenn sich Bauwillige zurückziehen." FDP-Chef Christian Lindner meint: "Alte Feindbilder und Enteignungen helfen nicht. Nur mehr Angebot auf wachsende Nachfrage hilft den Menschen auf Wohnungssuche."

Für Föst ist klar: "Die großspurig angekündigte Wohnraumoffensive der Bundesregierung ist gescheitert. Die anvisierten Neubauziele werden klar verfehlt." Statt den Neubau durch ausufernde Regulierung weiter abzuwürgen, müsse die Bundesregierung endlich Anreize für Investitionen schaffen. "Wir brauchen schnelle Genehmigungsverfahren für Bauherren, bessere Investitionsbedingungen in Form einer höheren Abschreibung und einen einfachen Dachgeschossausbau", fasst er [die Vorschläge der FDP](#) [1] zusammen.

Eine Stärkung des ländlichen Raums durch einen besseren öffentlichen Personennahverkehr und Breitbandverbindungen würde die Großstädte entlasten, ist Föst überzeugt. "Nur wenn wir zügig das Angebot vergrößern, wird der Druck auf den Wohnungsmarkt sinken und Wohnen wieder bezahlbar."

Links

[1] <https://www.fdp.de/kluge-nachhaltige-bau-und-wohnungspolitik>